

Stellungnahme der **SPD-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung Potsdam**

vom 24. Mai 2012

im Anhörungsverfahren zur Gedenkstättenkonzeption (Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Potsdam an die Stadtverordnetenversammlung 11/SVV/0947 vom 24.11.2011) und zur Frage der künftigen Trägerschaft der Potsdamer „Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“

1. Die Konzeption des Oberbürgermeisters für die Potsdamer „Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“ gilt der zukünftigen Arbeit dieser Gedenkstätte als eines Erinnerungsortes mit mehrfacher Vergangenheit. Wie bewerten Sie den in der Konzeption niedergelegten Auftrag, die Prämissen und die Zielsetzungen der Gedenkstätte?

Der Ort „Lindenstraße 54/55“ in Potsdam hat eine wechselvolle Geschichte, die mit der Nutzung des Gebäudes als Gerichtsstätte und Gefängnis von 1933 bis 1989 einen grausamen Höhepunkt erlebte. Die Erinnerung an diese dunkle Vergangenheit mit politischer Verfolgung und Gewalt sollte Mittelpunkt der Konzeption der Gedenkstätte sein und dies ist mit dem vorliegenden Entwurf "Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert" vom November 2011 gelungen.

2. Mit der Fertigstellung des Ausstellungsmoduls zum Nationalsozialismus (voraussichtlich im Jahr 2013) wird die Neugestaltung der Gedenkstätte vorläufig abgeschlossen sein. In welchen Bereichen sehen Sie die zukünftigen Schwerpunkte der Gedenkstättenarbeit? Wo sehen Sie Defizite, welche Prioritäten sollten gesetzt werden?

Die Konzeption würdigt zum einen die Authentizität des Ortes und die Bedeutung dieser diktatorischen Biografie des Hauses, wie auch zum anderen die „Auflösung“ dieser Kontinuität durch die Ereignisse während und nach dem Herbst 1989. Auftrag und Ziel der Gedenkstätte sind somit klar umrissen. Als Gedenk-, Erinnerungs-, und Lernort hat die Gedenkstätte Lindenstraße vielfältige Aufgaben und Zielgruppen. Der Schwerpunkt liegt -zu Recht- bei der (wissenschaftlichen) Aufarbeitung und der Erinnerung an die Opfer der Gewalt.

3. Welche Folgen hat nach Ihrer Ansicht der Verlust von Zeitzeugen für die Zeit des Nationalsozialismus und der unmittelbaren Nachkriegszeit sowie das Heranwachsen einer neuen Generation nach 1990 ohne eigene Diktaturerfahrung? Welche Konsequenzen sollte die Gedenkstättenarbeit daraus für die politisch-historische Bildungsarbeit ziehen?

Angesichts des Alters der Zeitzeugen sollte in den nächsten Jahren das Hauptaugenmerk auf der verstärkten Dokumentation der autobiografischen Erzählungen gelegt werden. Ebenso besteht nicht mehr lange die Chance auf eine unmittelbare Begegnung von Zeitzeugen und der jungen Generation, die keine eigene Erfahrung mit Diktatur gemacht hat. Ein entsprechendes pädagogisches Programm (mit hohem Empathiegehalt) sollte ein weiterer Schwerpunkt für die Arbeit der Gedenkstätte sein. Mittelfristig ist die Einbeziehung von internationalen Besuchern eine wichtige Aufgabe.

4. Die Gedenkstätte Lindenstraße wird organisatorisch, personell und finanziell neu aufgestellt, wobei sich zukünftig die Landeshauptstadt Potsdam und das Land Brandenburg die Kosten für den Betrieb teilen wollen. Voraussetzung dafür ist eine einvernehmliche Lösung der künftigen Trägerschaft zwischen Stadt und Land, die diese neue Kooperation abbildet. In der Vergangenheit (bis Ende 2011) war die Gedenkstätte dem Potsdam Museum verwaltungsmäßig zugeordnet; seit

1. Januar 2012 ist sie übergangsweise dem Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters zugeordnet. Um eine größtmögliche Selbständigkeit der Gedenkstätte zu erreichen, prüft der Oberbürgermeister derzeit Modelle einer kommunalen Stiftung als künftige Trägerform. Bitte nehmen Sie zu dieser Zielsetzung und den diesbezüglichen Überlegungen in der Gedenkstättenkonzeption Stellung und/oder schlagen Sie begründete alternative Möglichkeiten vor.

Die Zielsetzung mit enormen Aufgabenvolumen erfordert eine möglichst hohe Selbständigkeit in der zukünftigen Verwaltung der Gedenkstätte. Ob dies mit Hilfe einer Stiftung oder als selbstständige Einheit innerhalb der Kulturverwaltung der Stadt geschieht, ist juristisch und verwaltungstechnisch zu klären. Keine Synergieeffekte sind m.e. von einer Einordnung in das Potsdam-Museum zu erwarten. Gleichwohl fällt auf, dass die zukünftige inhaltliche Rolle bzw. die Zusammenarbeit mit dem Potsdam-Museum nicht erwähnt wird. Das ist jedoch nötig. Die lokale Einordnung der Ereignisse, Personen und mögliche Bezüge sollten noch erarbeitet werden.

5. Wie sollten Opfer- und Interessenverbände, wissenschaftliche und sonstige Institutionen zukünftig in die Strukturen der Gedenkstätte eingebunden werden? Welche Gruppen, Verbände und Vereine, Gedenkstätten und Museen, wissenschaftliche und sonstige Einrichtungen sollten in dem künftigen, voraussichtlich acht- bis zwölfsitzigen Beirat der Gedenkstätte vertreten sein?

Ein zukünftiger Beirat sollte paritätisch von (politischen) Stadt- und Landvertretern, Vertretern von wissenschaftlichen Einrichtungen (NS und DDR) (ZFF als Hauptpartner) sowie Opferverbänden besetzt werden. Zusätzlich ist ein Vertreter der Fördergemeinschaft zu benennen.